

REGIONAL | NACHRICHTEN

INTERNETBETRUG

Mann verlor 175.000 Euro an Betrüger

SCHÄRDING. An einen angeblichen Finanzdienstleister, der ihm für Investitionen hohe Rendite versprochen hat, hat ein 53-Jähriger aus dem Bezirk Schärding rund 175.000 Euro verloren. Auf die Betrüger stieß der Innviertler im Internet, er transferierte sein Geld



Foto: colourbox

über die Bank und Krypto-Transaktionen auf fremde Konten. Der Täter führte die Überweisungen auch mit einer eigenen Software durch. Von den versprochenen Gewinnen sah der 53-Jährige nichts. Die Polizei rät dazu, bei hohen Gewinnversprechen misstrauisch zu sein.

PROZESS

Betrüger sollen 4500 Anleger geprellt haben

SALZBURG. Über eine angebliche Tradingplattform im Netz soll ein internationales Netzwerk allein in Österreich 4500 Anleger um zehn Millionen Euro geprellt haben. Weltweit soll der Schaden bei rund 200 Millionen Euro liegen. Vier Bandenmitglieder standen gestern

in Salzburg vor Gericht. Ein 43-jähriger Israeli soll eine Manipulationssoftware entwickelt haben, ein 46-jähriger Landsmann soll ihn unterstützt haben. Eine 39-Bulgarin soll das Geld über Scheinfirmen an die Betrüger überwiesen haben und ein 51-jähriger Bulgare soll Mitarbeiter für den Betrug geschult haben. Alle vier bestritten die Schuld. Der Prozess wurde vertagt.

MÜHLVIERTEL

Zwei Verletzte nach Zusammenstoß auf B38

HIRSCHBACH. Als sie die Böhmerwald-Straße in Hirschbach (Bezirk Freistadt) am Mittwochabend überqueren wollte, stieß eine 67-jährige Autolenkerin mit dem Pkw eines 21-Jährigen zusammen. Beide wurden verletzt ins Klinikum Freistadt gebracht.

Aufgespießte Rotwildhäupter: Jäger muss 600 Euro Geldbuße zahlen

Prozess wegen gefährlicher Drohung: „Wollte nicht, dass sich jemand bedroht fühlt“

GRÜNAU/WELS. Im bekannten Mafia-Epos „Der Pate“ von Francis Ford Coppola wacht ein berühmter Hollywood-Produzent in seinem blutverschmierten Bett auf und findet darin den abgeschnittenen Schädel eines Pferdes: eine unverholene Todesdrohung, arrangiert von Don Corleone.

So schauerlich wie im Film war die Szene in Grünau, die sich heuer Anfang Jänner Johann Stieglbauer, dem Obmann des Grünauer Jagdausschusses, vor seiner Haustür darbot, nicht. Seine Tochter hatte als Erste die sechs Rotwildköpfe, die auf einem Baustellengitter aufgespießt waren, entdeckt. Darunter eine große Lache Blut auf der Parkbucht.

„Ich wollte ein Zeichen setzen, dass diese ganze Schlächterei nichts bringt“, sagt der 56-jährige Jäger, der sich in Wels wegen gefährlicher Drohung verantworten muss, zur Richterin. Er habe „nicht daran gedacht, dass sich jemand fürchten könnte“. Mit dem Obmann der Jägerschaft sei er weder befreundet noch zerstritten, auf der 50er-Feier des Opfers habe er musiziert, sagt der Beschuldigte. Was die beiden Jäger bisher entweit habe, sei eine unterschiedliche „Philosophie“ gewesen.

Weil Grünau eine „hohe Rotwildpopulation“ habe, sei der „Wildverbiss“, also der Schaden an den Bäumen, hoch, erläutert der Verteidiger des Angeklagten. Die Jagdbehörde habe daher die vor-



Rotwild steht in der Jägersprache für männliche Hirsche, die Weibchen werden lapidar „Tiere“ genannt.

Foto: Weibold

gegebenen Abschusszahlen immer wieder erhöht. Stieglbauer habe hier eine besonders strenge Linie vertreten. „Er betrachtet das Rotwild als Schädling und hat Zwangsabschüsse gefordert“, behauptet der Anwalt des Beschuldigten. Der Angeklagte hingegen sei der Meinung, dass „ständiger Jagddruck“ dazu führe, dass das Wild nachtaktiv werde. „Das ist noch schlechter für den Wald.“

Er und Stieglbauer hätten sich schon längst ausgesprochen, beteuert der Angeklagte, was der Jäger-Obmann auch bestätigt. In der Tatnacht holte der Jäger die sechs

eingefrorenen Rotwildhäupter samt zwei Litern Tierblut aus der Tiefkühltruhe und transportierte diese zum Anwesen seines Kontrahenten. „Es war ein Denkanstoß, daher war die Rauhnacht, die Bosheitsnacht, auch bewusst gewählt“, so der Jäger. Denn: „Auch das Rotwild hat eine artgerechte Existenzberechtigung.“

„Nicht normal in Jagdkreisen“

„Ich versteh's immer noch nicht ganz, wie man auf diese Idee kommt“, entgegnet ihm die Richterin. „Es gibt zwar das Streckenlegen“, meint der Angeklagte, aber

dass sein „Verhalten in Jagdkreisen nicht normal“, sei, räumt er ein. „Wie käme es denn bei Ihnen an, wenn Sie vor dem Haus auf einmal aufgespießte Tierköpfe fänden?“, will die Staatsanwältin wissen. „Ich hab so viel mit toten Tieren zu tun“, erwidert der Jäger.

Das Gericht belässt es anstatt einer Verurteilung bei einer diversionellen Geldbuße in Höhe von 600 Euro, womit der Beschuldigte sofort einverstanden ist. Auch Stieglbauer kann damit leben. „Rechtsfrieden wiederhergestellt“, fasst der Verteidiger zusammen. (staro)

Umstrittener Theologe als Vortragender



(creative commons)

WELS. „Die Mainstream-Medien lügen wie gedruckt“, die Welt werde beherrscht von „200 Milliardären“, der Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine

könnte sofort beendet werden, „wenn man nur den Sicherheitsinteressen Russlands Rechnung tragen würde“ und die NATO ist „eine große Gefahr“. Mit Aussagen wie diesen hat der deutsche Theologe, Psychoanalytiker und Autor Eugen Drewermann in den vergangenen Monaten Kritik ausgelöst. Dennoch hat das Bildungshaus Schloss Puchberg in Wels, das der Diözese Linz gehört, Drewermann als Vortragenden eingeladen. Bereits am Donnerstag hielt er dort einen Vortrag zur Bergpredigt. Heute, Freitag, wird er laut Programm ein Seminar über das Markusevangelium abhalten. Die OÖNachrichten fragten bei der Diözese nach, warum Drewermann eingeladen wurde. „Das Bildungshaus hat ihn zu der Veranstaltung vor über einem Jahr eingeladen“, sagt Direktor Helmut Außerwöger. Die Aussagen zu Corona oder zur NATO seien im Bildungshaus „nicht bekannt“ gewesen. Und sie seien „auf jeden Fall explizit nicht Bestandteil seiner Vortragstätigkeit“.

Drewermann lehrte von 1979 bis 1991 als Dozent an der Theologischen Fakultät Paderborn. 1991 wurde ihm die Lehrerlaubnis entzogen. 1992 erhielt er ein Predigtverbot, wenig später wurde er vom Priesteramt suspendiert. 2005 trat er aus der Kirche aus. (hip)

Hilfsgüter für Erdbebenopfer an der türkischen Grenze abgewiesen

Mitarbeiter der FACC hatten für die Opfer Spenden gesammelt – laut den türkischen Behörden ist aber nur Neuware erwünscht

RIED/LINZ. Drei Lastwagen voller Sachspenden – Kleidung, Hygieneartikel und anderer Hilfsgüter – sammelten Mitarbeiter des Rieder Unternehmens FACC vor einigen Wochen und schickten sie in die Türkei. Zwei der Lkw durften die Grenze unbehelligt passieren und ins Erdbebengebiet reisen, ein dritter wurde abgewiesen. Die Begründung der türkischen Behörden: „Es sind nur Neuwaren mitsamt Rechnung erwünscht“, erzählt Tamer Dogan vom migrantischen Verein

Einer der FACC-Mitarbeiter habe ihn kontaktiert und um Hilfe gebeten, sagt Dogan. „Sie waren verärgert und wussten nicht, was sie mit den Spenden machen sollen. Über Vermittlung der Caritas haben wir dann den Kiwanis Club Leonding kontaktiert, der regelmäßig Hilfslieferungen für die Ukraine kontaktiert. Dort kommen jetzt auch die Hilfsgüter der FACC-Mitarbeiter hin“, sagt er.

Auch mehrere deutsche Tageszeitungen berichteten darüber,



Der Lastwagen durfte nicht ins Erdbebengebiet fahren.

Foto: APA/Bulent Kilic

türkischen Behörden zurückgewiesen worden seien. Demnach habe das türkische Konsulat in

Neuwaren als Spenden akzeptiert würden. Der Ärger der freiwilligen Helfer ist auch dort groß.

Auch das türkische Generalkonsulat in Salzburg bestätigte, dass es wichtig sei, dass die Hilfsgüter unbenutzt seien. „In der ersten Phase konzentrieren sich unsere zuständigen Organisationen darauf, den dringenden Bedarf der Erdbebenopfer zu decken. In diesem Rahmen erfordert die Entgegennahme, Sortierung und Lagerung von nicht benötigtem Material zusätzlichen

führt zu Schwierigkeiten bei der Deckung des dringenden Bedarfs“, heißt es in einer schriftlichen Stellungnahme.

Derzeit würden vor allem winterfeste Zelte, Feldbetten, Decken, Schlafsäcke und Generatoren, aber auch Wohncontainer und mobile Toiletten benötigt. Die türkischen Generalkonsulate in Wien, Salzburg und Bregenz sowie die Türkische Botschaft würden auf ihren Social-Media-Seiten laufend über den aktuellen Stand der Hilfsbe-